

Unberechenbarer Staat

Eine Dokumentation des Beitrags

von Prof. Dr. Renate Köcher

in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

Nr. 26 vom 31. Januar 2026

INHALT

Tabellenübersicht

Originalmanuskript

Untersuchungsdaten

Anhangtabellen

Schaubilder

Veröffentlichung in der Frankfurter Allgemeinen
Zeitung Nr. 26 vom 31. Januar 2026, S. 8,
unter dem Titel:

"Unberechenbare Politik. Viele Bürger wünschen sich
mehr Planungssicherheit von den Regierenden."

TABELLENÜBERSICHT

Tabelle	A	1	Unsichere Zeiten
	A	2	Ungewisse Zukunftserwartungen
	A	3	Ungewisse Zukunftserwartungen besonders bei Ostdeutschen
	A	4	Weniger Planungssicherheit
	A	5	Hoffnungsträger Politik?
	A	6	In Ostdeutschland noch weniger Vertrauen in die Verlässlichkeit politischer Beschlüsse
	A	7	Ratlosigkeit beim Thema Heizen
	B	1	Zweitstimmen-Wahlabsicht (Sonntagsfrage)
Schaubild		1	Große Unsicherheit
		2	Beitrag der Politik zur Planungssicherheit
		3	Unsicherheitsfaktor Staat
		4	Verunsicherung potentieller Autokäufer
		5	Energiepolitik verunsichert Immobilienbesitzer

Originalmanuskript

Prof. Dr. Renate Köcher

Institut für Demoskopie Allensbach

Unberechenbarer Staat

Täglich wird die Bevölkerung mit der Botschaft konfrontiert, dass sich die Welt zurzeit so tiefgreifend verändert wie seit Jahrzehnten nicht mehr und dass Europa und insbesondere Deutschland vor enormen Herausforderungen stehen. Sie erlebt seit einigen Jahren eine Zusammenballung von Krisen wie noch nie in der ganzen Nachkriegszeit. Zwar gab es auch früher Phasen der Inflation, der Wachstumsschwäche, Energiekrisen, Kriege in benachbarten Regionen, die Fluchtwellen auslösten, und die Jahrzehnte des Kalten Kriegs. Aber in dieser Zusammenballung und Dimension wie in den letzten sechs Jahren ist es eine neue und für viele erschreckende Erfahrung. Die Aneinanderreihung von Pandemie, deren gesellschaftliche Langzeitfolgen noch nicht annähernd erfasst werden, Ausbruch des Ukraine-Krieges mit neuerlichem Flüchtlingszustrom, Energiesorgen, Inflationsschub, Schwächung von Schlüsselindustrien, geopolitischen Spannungen mit gravierenden ökonomischen Auswirkungen, Kriegsgefahren, die Europa

unvorbereitet treffen, und der Abschwächung amerikanischer Schutzgarantien – all dies verunsichert die Menschen, insbesondere da den meisten mittlerweile bewusst ist, dass es keine rasche Rückkehr zu ruhigeren und auch besser kalkulierbaren Zeiten geben wird.

Die überwältigende Mehrheit, 76 Prozent der Bürger, empfindet daher die Zeiten als besonders unsicher. Dieser Anteil ist deutlich höher als vor 2020. Das Empfinden, die Zukunft nur noch begrenzt überblicken und kalkulieren zu können, betrifft die Entwicklung von Wirtschaft und Inflation, über Kriegsrisiken bis zur Zukunft der sozialen Sicherungssysteme. Noch am ehesten traut sich die Bevölkerung zu, ihre berufliche und finanzielle Zukunft kalkulieren zu können. Der trotz Wachstumsschwäche robuste Arbeitsmarkt führt zu einer bemerkenswerten Diskrepanz zwischen der Einschätzung der eigenen und der gesamtwirtschaftlichen Zukunft: Während sich nur 10 Prozent der Bevölkerung eine Einschätzung der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung zutrauen, ist die Mehrheit der Erwerbstätigen sicher, die Entwicklung des eigenen Unternehmens, die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes und die Entwicklung des Einkommens verlässlich kalkulieren zu können. Hier hat die Bevölkerung heute weitaus mehr das Zutrauen, ihre Zukunft verlässlich einschätzen zu können, als in der letzten Phase der Wachstumsschwäche zwischen 2000 und 2005.

Tabelle A 1

Tabelle A 2

2002 waren nur 35 Prozent der Erwerbstätigen sicher, wie sich künftig ihr Gehalt entwickeln wird, heute 54 Prozent. 39 Prozent trauten sich damals zu, die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes kalkulieren zu können, heute 62 Prozent. Auch wenn zurzeit Zweifel an der Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes zunehmen, bewegen sich diese Ängste im historischen Vergleich nach wie vor auf niedrigem Niveau.

Tabelle A 2

Dagegen ist die überwältigende Mehrheit unsicher, wie es mit der Inflation und insbesondere der Entwicklung von Energie- und Lebensmittelpreisen weitergeht, wie sich die Energiepolitik und speziell die Vorgaben fürs Heizen entwickeln, wie leistungsfähig die sozialen Sicherungssysteme künftig sein werden und wie sich die Kosten dieser Systeme entwickeln. 88 Prozent halten die künftige Entwicklung der Energiepreise für kaum kalkulierbar, 84 Prozent die Zukunft der staatlichen Rente, 83 Prozent den künftigen Leistungskatalog der Krankenkassen, 81 Prozent die Entwicklung der Krankenkassenbeiträge. 73 Prozent sind auch unsicher in Bezug auf ihre Absicherung für den Pflegefall. Besonders groß ist die Verunsicherung in Ostdeutschland; auf allen Feldern hat die ostdeutsche Bevölkerung noch signifikant weniger als die westdeutsche das Zutrauen, die künftige Entwicklung einigermaßen verlässlich abschätzen zu können. Das gilt für die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes und der eigenen Ersparnisse wie

Schaubild 1

Tabelle A 3

für die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme oder der ärztlichen Versorgung.

Die überwältigende Mehrheit hat den Eindruck, dass es in den letzten Jahren schwieriger geworden ist, langfristig zu planen. Dass Bürger wie Unternehmen sich seit Längerem scheuen, größere Investitionen zu tätigen, hat auch mit Planungsunsicherheit zu tun. Berechenbarkeit, Planbarkeit ist für die Bevölkerung wie für die Wirtschaft essenziell. Gerade in Bezug auf die Wirtschaft ist die Bevölkerung nahezu einmütig überzeugt, dass sie soweit wie möglich Planungssicherheit braucht; 95 Prozent halten dies für eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass Unternehmen überhaupt Entscheidungen treffen können.

Tabelle A 4

Tabelle A 4

Und damit richtet sich der Blick auf die Politik. Die überwältigende Mehrheit ist überzeugt, dass die Politik in hohem Maße dazu beitragen kann, dass Bürger und Wirtschaft möglichst viel Planungssicherheit haben. 81 Prozent sehen hier die Politik in der Verantwortung, lediglich 14 Prozent halten die Möglichkeiten der Politik, berechenbare Rahmenbedingungen zu schaffen, für begrenzt. Je unsicherer die Zeiten sind, desto mehr setzen die Bürger auf die Politik, ihnen möglichst viel Planungssicherheit zu verschaffen. Vor zwei Jahrzehnten wurden die Möglichkeiten der Politik noch nicht so hoch veranschlagt wie heute.

Tabelle A 5

Gleichzeitig erhebt die überwältigende Mehrheit jedoch den Vorwurf, dass die Politik dieser Verantwortung nicht oder nur unzureichend nachkommt. Während die überwältigende Mehrheit überzeugt ist, dass die Politik auch in der gegenwärtigen, von vielen Risiken und Veränderungen geprägten Situation zur Planungssicherheit erheblich beitragen kann, werfen ihr 73 Prozent vor, dass sie dieser Verantwortung nicht gerecht wird. Lediglich 23 Prozent bescheinigen der Politik, dass sie die längerfristigen Planungen der Bürger erleichtert. Nun liegt nahe, die Unzufriedenheit der großen Mehrheit auch darauf zurückzuführen, dass die Zusammenballung von Risiken und die Notwendigkeit tiefgreifender Reformen es zwangsläufig schwerer macht, Berechenbarkeit und längerfristige Planbarkeit überhaupt möglich zu machen.

Schaubild 2

Aber ein Problem ist, dass die Politik selbst immer mehr als Generator von Unkalkulierbarkeit empfunden wird. Gerade in unsicheren Zeiten hängt das Vertrauen in die Politik in hohem Maße davon ab, ob ihre Entscheidungen fundiert und verlässlich sind. Die überwältigende Mehrheit hat jedoch den Eindruck, dass die politischen Beschlüsse teilweise nur eine kurze Halbwertszeit haben. 73 Prozent sind unsicher, wieweit sie ihre eigenen Planungen an staatlichen Vorgaben ausrichten können, da die Beschlüsse unter Umständen

Schaubild 3

kurzfristig wieder revidiert werden. In Ostdeutschland wird dieser Vorwurf überdurchschnittlich, von 83 Prozent der Bevölkerung, erhoben.

Tabelle A 6

Die Bevölkerung erwartet keineswegs Kontinuität als oberste Maxime politischen Handelns. Jeder Regierungswechsel ist in der Regel mit der Hoffnung auf einen Politikwechsel verbunden; bei der letzten Wahl wünschte die große Mehrheit vor allem einen strikteren Migrationskurs, Veränderungen beim Bürgergeld, wirtschaftsfreundlichere Rahmenbedingungen und Investitionen in die Funktionsfähigkeit des Landes. Wenn sich dann zu wenig ändert, leidet das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Politik.

Bei dem Vorwurf der Mehrheit, dass die politischen Beschlüsse zu wenig nachhaltig sind und längerfristige Planungen erschweren, geht es jedoch um Kurswechsel und die Revision von Entscheidungen ohne Ausrichtung an einem langfristigen Konzept. Die Geschichte des Demografiefaktors in der Rentenversicherung ist nur ein Beispiel für sachlich kaum begründbare Volten der Politik. Ende der 90er Jahre zur Stabilisierung des Rentensystems eingeführt, wurde er schon ein Jahr später durch eine neue Regierung wieder abgeschafft, dann von derselben Regierung mit dem neuen Etikett als „Nachhaltigkeitsfaktor“ wieder eingeführt, mittlerweile aber wieder

ausgesetzt, obwohl die sachliche Notwendigkeit kaum bestritten wird.

Ein anderes Beispiel ist die staatliche Förderung von Elektromobilität, die 2021 verlängert und von derselben Regierung 2023 abrupt beendet wurde und die in diesem Jahr wieder aufgenommen wird. Die Auswirkungen auf die Kaufbereitschaft der Bürger waren und sind gravierend. Nachdem die Kaufprämie überraschend ausgesetzt wurde, brach der Absatz von Elektromobilen ein. Man kann gute Gründe für wie gegen solche staatlichen Subventionen anführen; aber ein politischer Zickzack-Kurs ist auf alle Fälle schädlich. Dazu kommen die Entscheidungen auf europäischer Ebene zur Zukunft des Verbrenners, bei denen nur knapp die Hälfte der Bevölkerung den Eindruck hat, überhaupt durchzublicken, wie die Rahmenbedingungen künftig aussehen. 51 Prozent finden die Entscheidung für eine bestimmte Antriebstechnologie schwierig, da sie unsicher sind, welche Antriebsarten künftig erlaubt sind.

Schaubild 4

Ähnlich groß ist die Verunsicherung in Bezug auf die künftigen Rahmenbedingungen für das Heizen. Nur 11 Prozent der Bevölkerung glauben, dass sie überblicken können, wohin hier die politische Reise geht. Jeder Zweite ist durch die politischen Entscheidungen und Debatten der letzten Jahre verunsichert und ratlos, worauf man sich einrichten soll. Vor allem Immobilienbesitzer sehen sich derzeit

Tabelle A 2

Tabelle A 7

außerstande, eine Entscheidung über eine neue Heizung zu treffen. 61 Prozent der Immobilienbesitzer – die knapp die Hälfte der Bevölkerung ausmachen – geben zu Protokoll, dass ihnen völlig unklar sei, welche Heizmöglichkeiten künftig erlaubt sind und es in ihrer Kommune auch längerfristig geben wird. Die Unsicherheit über den politischen Kurs und auch die Debatten über die kommunalen Wärmestrategien sind eine außerordentlich effektive Investitionsbremse. Das Empfinden, staatliches Handeln nur begrenzt kalkulieren zu können, und das Misstrauen, ob getroffene Entscheidungen längerfristig Bestand haben, fördert Gefühle von Ohnmacht und Ausgeliefertsein.

Schaubild 5

Gerade in unsicheren Zeiten und vor Reformen, die unmittelbar in das Leben der Bürger eingreifen, muss der Staat alles daran setzen, für so viel Planungssicherheit wie möglich zu sorgen. Das setzt auch voraus, die Situation der Bürger und die Konsequenzen der Maßnahmen im Vorhinein so exakt wie möglich abzuschätzen, die Voraussetzungen für die Umsetzung zu prüfen und transparent zu informieren. In Zeiten, die ohnehin von tiefgreifenden Veränderungen geprägt sind, schaden auch Entscheidungen ganz besonders, die in absehbarer Zeit wieder revidiert werden müssen; das gilt unter anderem für die Aussetzung des Demografiefaktors in der Rente, die Rückkehr zur Rente mit 63 wie für das Aussetzen der Wehrpflicht. So werden ohne

Not immer wieder dieselben kontroversen
Debatten geführt und das Vertrauen in die
Verlässlichkeit des Staates leidet.

UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis:	Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland
Anzahl der Befragten:	1077
Befragungszeitraum:	6.01. bis 19.01.2026
Methode:	Repräsentative Quotenauswahl
Art der Interviews:	Mündlich-persönliche Interviews (face-to-face)

Anhangtabellen

Unsichere Zeiten

Tabelle A 1
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Einmal ganz allgemein gefragt: Wie ist Ihr Eindruck: Leben wir heute in einer besonders unsicheren Zeit, oder würden Sie sagen, vor 10, 15 Jahren war alles genauso unsicher?"

	Bevölkerung insgesamt	
	2019	2026
	%	%
Besonders unsichere Zeit.....	45	76
Vor 10, 15 Jahren genauso unsicher.....	33	13
Unentschieden	<u>22</u>	<u>11</u>
	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11097, 13013

Ungewisse Zukunftserwartungen

Tabelle A 2
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Bei manchen Dingen hat man ja ein sicheres Gefühl, wie sie sich in Zukunft entwickeln werden, man hat ein Gespür dafür, was auf einen zukommt. Bei anderen Dingen ist man eher unsicher, da weiß man nicht, was in Zukunft passiert. Bei welchen Punkten haben Sie eher ein sicheres Gefühl und wo sind Sie eher unsicher?"
(Kartenspiel- und Bildblattvorlage)

Da habe ich ein sicheres Gefühl, wie sich die Zukunft entwickelt –

Auszug

	Bevölkerung insgesamt %	
Wie sich die deutsche Wirtschaft entwickelt	10	
Wie sich die staatlichen Vorgaben fürs Heizen entwickeln	11	
	Erwerbstätige insgesamt	
	2002 %	2026 %
Wie sich mein Gehalt entwickelt	35	54
Ob mein Arbeitsplatz sicher ist	39	62

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 7035, 13013

Ungewisse Zukunftserwartungen besonders bei Ostdeutschen

Tabelle A 3
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Bei manchen Dingen hat man ja ein sicheres Gefühl, wie sie sich in Zukunft entwickeln werden, man hat ein Gespür dafür, was auf einen zukommt. Bei anderen Dingen ist man eher unsicher, da weiß man nicht, was in Zukunft passiert. Bei welchen Punkten haben Sie eher ein sicheres Gefühl und wo sind Sie eher unsicher?"
(Kartenspiel- und Bildblattvorlage)

Da habe ich ein sicheres Gefühl, wie sich die Zukunft entwickelt –

Auszug

	Bevölkerung		
	insgesamt %	West %	Ost %
Ob mein Arbeitsplatz sicher ist	45	47	33
Ob mein Geld, meine Ersparnisse sicher sind	34	36	27
Ob ich in Zukunft im Krankheits- fall ausreichend medizinisch ver- sorgt werde.....	34	37	23
Wie sich die staatlichen Sozial- leistungen entwickeln	10	11	9

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 13013

Weniger Planungssicherheit

Tabelle A 4
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Haben Sie den Eindruck, dass es in den letzten Jahren deutlich schwieriger geworden ist, langfristig zu planen, oder ist das etwas schwieriger geworden, oder ist das Ihrem Eindruck nach in den letzten Jahren kaum bzw. gar nicht schwieriger geworden?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Deutlich schwieriger	32
Etwas schwieriger.....	36
Habe nicht den Eindruck.....	21
Unentschieden.....	<u>11</u>
	100

FRAGE: "Was würden Sie sagen: Wie wichtig ist Planungssicherheit für die Wirtschaft, also dass die Wirtschaft verlässliche Rahmenbedingungen hat, um Entscheidungen treffen zu können?
Ist das für die Wirtschaft ..."

	Bevölkerung insgesamt	
	%	
„sehr wichtig“	57	} 95
„wichtig“	38	
„weniger wichtig“	1	
„gar nicht wichtig“	x	
Unentschieden	<u>4</u>	
	100	

x=weniger als 0,5 Prozent

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 13013

Hoffnungsträger Politik?

Tabelle A 5
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wie viel kann die Politik Ihrer Meinung nach dazu beitragen, dass die Bürger sicher für die Zukunft planen können? Würden Sie sagen ..."

	Bevölkerung insgesamt		
	2008	2026	
	%	%	
„sehr viel“	20	36	} 81
„viel“	54	45	
„nicht so viel“	22	11	} 14
„gar nichts“	2	3	
Keine Angabe	<u>2</u>	<u>5</u>	
	100	100	

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 10016, 13013

In Ostdeutschland noch weniger Vertrauen
in die Verlässlichkeit politischer Beschlüsse

Tabelle A 6
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wenn jemand sagt: 'Ich habe das Gefühl, man kann sich gar nicht mehr danach richten, was der Staat beschließt. Unter Umständen gelten diese Beschlüsse schon bald nicht mehr.' Sehen Sie das auch so, oder sehen Sie das nicht so?"

	Bevölkerung		
	insgesamt %	West %	Ost %
Sehe das auch so.....	73	71	83
Sehe das nicht so.....	13	13	10
Unmöglich zu sagen.....	<u>14</u>	<u>16</u>	<u>7</u>
	100	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 13013

Tabelle A 7
 Bundesrepublik Deutschland
 Bevölkerung ab 16 Jahre

Ratlosigkeit beim Thema Heizen

FRAGE: "Neulich sagte jemand: ‚Die Pläne der Politik, was die Zukunft des Heizens angeht, verunsichern mich. Ich bin ein wenig ratlos, wie ich für die Zukunft planen soll.‘ Geht Ihnen das auch so, oder geht Ihnen das nicht so?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Geht mir auch so	49
Geht mir nicht so	34
Unentschieden.....	<u>17</u>
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 13012

Zweitstimmen		Gesamtdeutschland								
		CDU/ CSU %	FDP %	SPD %	Bü.90/ GRÜNE %	DIE LINKE %	AfD %	Freie Wähler %	BSW %	Sons- tige %
2016:	Jahresdurchschnitt	34,0	7,5	23,0	11,0	9,0	11,0	-	-	4,5
2017:	Jahresdurchschnitt	36,0	9,0	25,0	8,5	8,5	9,0	-	-	4,0
2018:	Jahresdurchschnitt	31,5	9,5	19,0	13,0	9,5	13,5	-	-	4,0
2019:	Jahresdurchschnitt	30,0	7,5	16,0	20,5	8,0	13,0	-	-	5,0
2020:	Jahresdurchschnitt	35,5	6,5	16,0	20,0	7,5	10,0	-	-	4,5
2021:	Jahresdurchschnitt	28,5	10,5	20,0	19,0	6,5	10,0	-	-	5,5
Bundestagswahl 26.09.2021		24,1	11,5	25,7	14,8	4,9	10,3	-	-	8,7
2022:	Jahresdurchschnitt	28,0	8,5	23,0	18,5	5,0	11,0	-	-	6,0
2023:	Jahresdurchschnitt	31,0	7,0	19,0	15,0	4,0	17,0	1,0	-	6,0
2024:	1. Halbjahr	33,0	6,0	16,0	13,5	3,0	16,5	1,0	6,0	5,0
	2. Halbjahr	35,0	4,5	16,0	11,0	-	17,0	-	8,0	8,5
	Jahresdurchschnitt	34,0	5,0	16,0	12,0	2,0	16,5	0,5	7,0	7,0
2025:	1. Halbjahr	30,0	4,0	16,0	12,0	7,0	21,5	-	4,5	5,0
Bundestagswahl 23.02.2025		28,5	4,3	16,4	11,6	8,8	20,8	1,5	5,0	3,1
	4. - 16. Juli	29,0	4,0	15,0	12,0	9,0	23,0	-	3,5	4,5
	1. - 14. August	28,0	4,0	16,0	11,0	10,0	22,5	-	4,0	4,5
	5. - 17. September	27,0	4,0	15,0	11,0	11,0	24,0	-	3,0	5,0
	26. Sept. - 10. Okt.	26,0	3,0	15,0	11,0	11,0	25,0	-	4,0	5,0
	23. Okt. - 6. Nov.	27,0	3,5	15,5	11,0	10,0	24,0	-	4,0	5,0
	22. Nov. - 4. Dez.	27,0	4,5	14,0	12,5	9,0	25,0	-	3,0	5,0
	Jahresdurchschnitt	29,0	4,0	15,5	11,5	8,5	22,5	-	4,0	5,0
2026:	6. - 19. Januar	27,0	3,5	15,0	11,5	10,0	25,0	-	-	8,0

Befragt wurden in der aktuellen Umfrage persönlich-mündlich insgesamt 1.077 Personen.

Bei dieser Stichprobengröße beträgt die Fehlerspanne bei einem Anteilswert von 30 Prozent rund +/- 3 Prozentpunkte und bei einem Anteilswert von 10 Prozent rund +/- 2 Prozentpunkte.

QUELLE: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Institut für Demoskopie, zuletzt IfD-Umfrage 13013

Schaubilder

Große Unsicherheit

Top 10

Da weiß ich nicht, was in Zukunft passiert

Wie sich die Energiepreise entwickeln werden

88 %

Ob der Frieden erhalten bleibt

85

Wie sich die staatliche Rente in Zukunft entwickelt

84

Welche Leistungen die Krankenversicherungen in Zukunft noch übernehmen

83

Wie sich die deutsche Wirtschaft entwickelt

82

Wie sich die staatlichen Sozialleistungen entwickeln

81

Wie sich die Krankenversicherungsbeiträge entwickeln

81

Wie sich die Preise für Lebensmittel entwickeln werden

80

Wie sich die staatlichen Vorgaben fürs Heizen entwickeln

75

Ob ich für den Pflegefall gut abgesichert bin

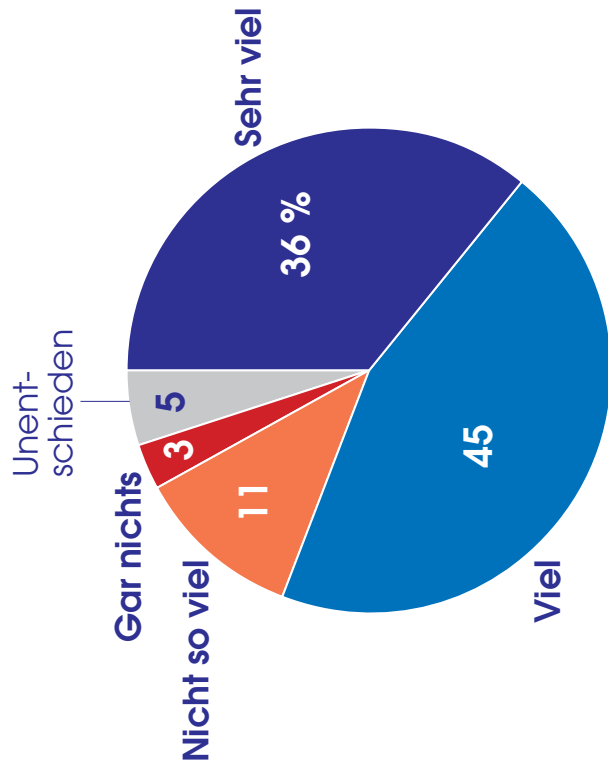
73

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 13013

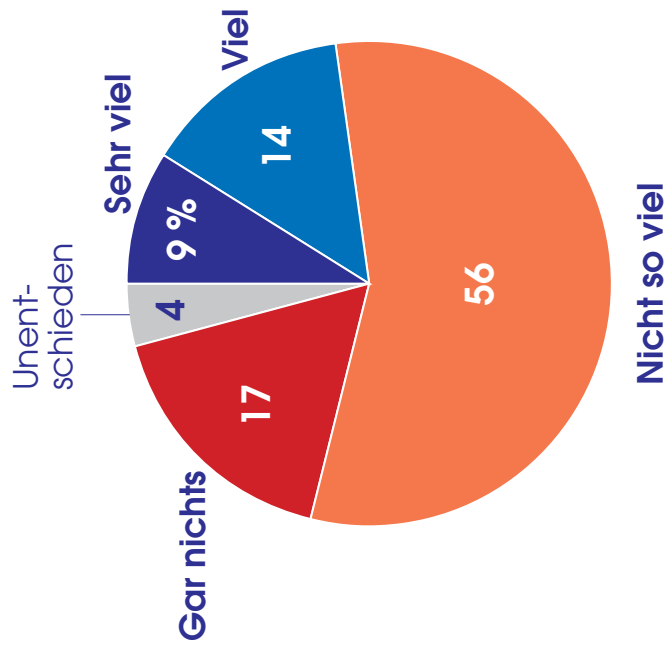
Beitrag der Politik zur Planungssicherheit

Wie viel die Politik nach Meinung der Bevölkerung zur Planungssicherheit -

beitragen kann

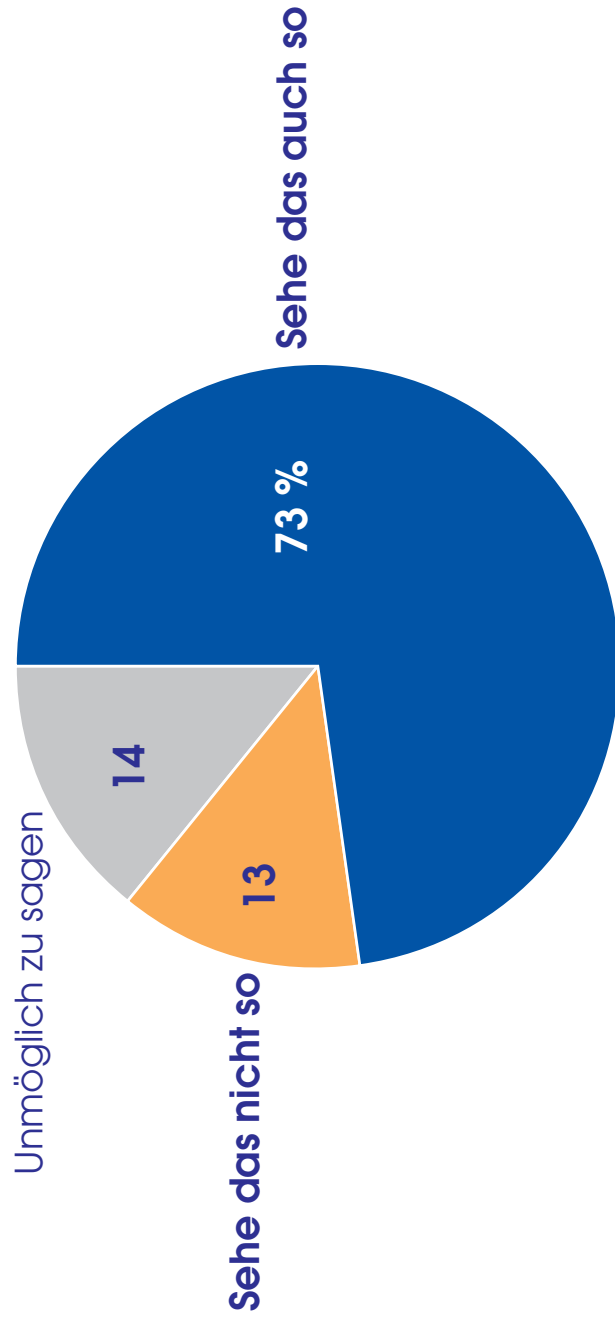


beiträgt



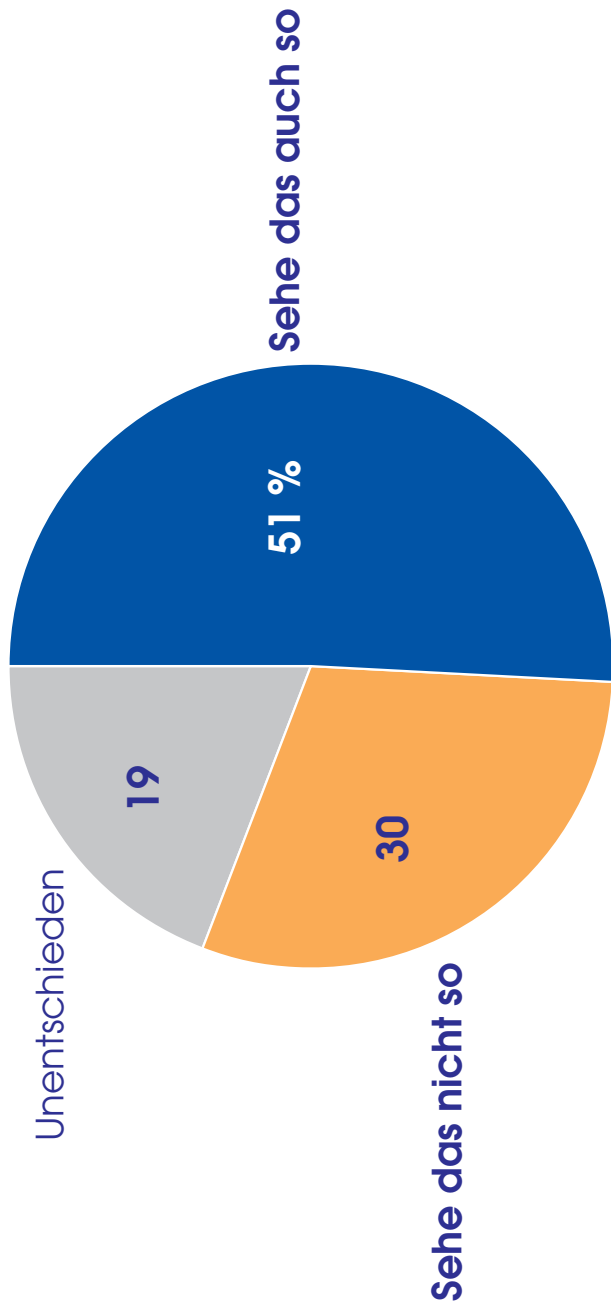
Unsicherheitsfaktor Staat

Ich habe das Gefühl, man kann sich gar nicht mehr danach richten, was der Staat beschließt. Unter Umständen gelten diese Beschlüsse schon bald nicht mehr



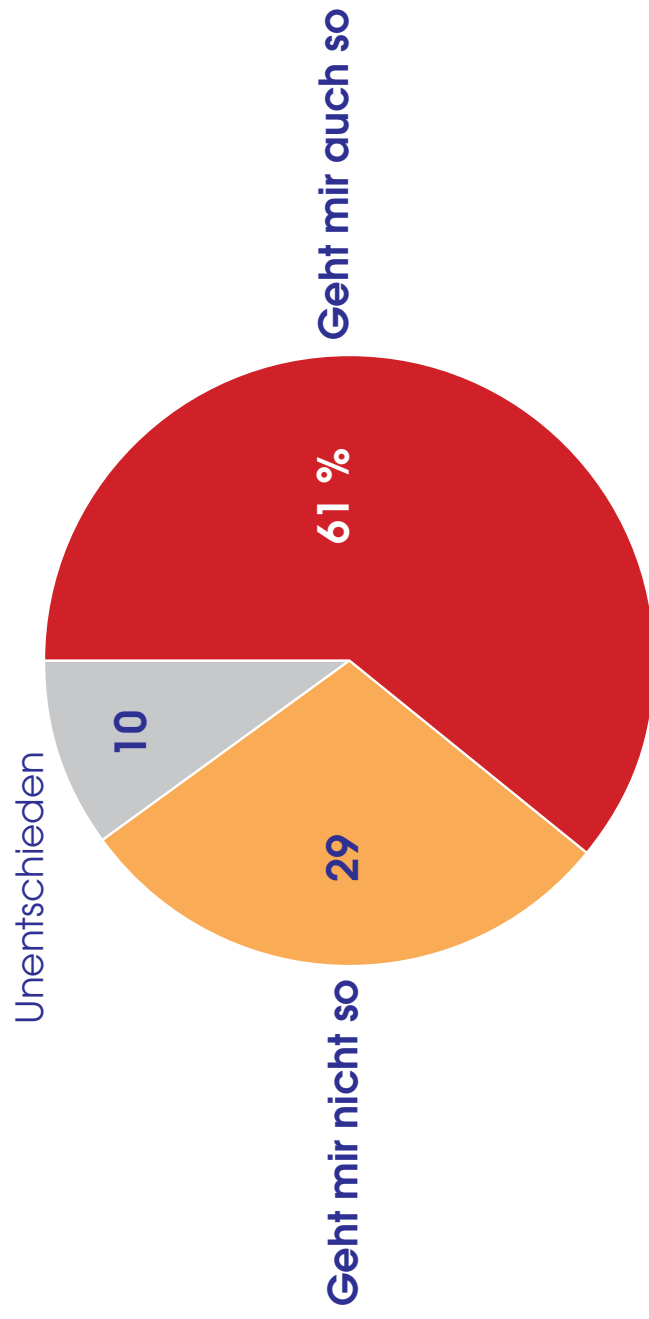
Verunsicherung potentieller Autokäufer

Wenn ich mich derzeit für ein neues Auto entscheiden müsste, wüsste ich gar nicht, ob ich mir ein Elektroauto oder ein Auto mit Verbrennermotor kaufen soll. Es ist doch völlig unklar, welche Antriebsarten in Zukunft erlaubt sind



Energiepolitik verunsichert Immobilienbesitzer

Wenn ich mich derzeit für eine neue Heizung entscheiden müsste, wüsste ich gar nicht, was ich machen soll. Es ist doch völlig unklar, welche Heizmöglichkeiten in Zukunft erlaubt sind und welche es in meiner Stadt in Zukunft gibt



Veröffentlichung in der
Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 26
vom 31. Januar 2026, S. 8, unter dem Titel:

„Unberechenbare Politik. Viele Bürger wünschen
sich mehr Planungssicherheit von den Regierenden.“

DEUTSCHE FRAGEN – DEUTSCHE ANTWORTEN

Unberechenbare Politik

T äglich wird die Bevölkerung mit der Botschaft konfrontiert, dass sich die Welt zurzeit so tiefgreifend verändert wie seit Jahrzehnten nicht mehr und dass Europa und insbesondere Deutschland vor enormen Herausforderungen stehen. Sie erlebt seit einigen Jahren eine Zusammenballung von Krisen wie noch nie in der ganzen Nachkriegszeit. Zwar gab es auch früher Phasen der Inflation, der Wachstumsschwäche, Energiekrisen, Kriege in benachbarten Regionen, die Fluchtwellen auslösten, und die Jahrzehnte des Kalten Kriegs. Aber in dieser Zusammenballung und Dimension wie in den letzten sechs Jahren ist es eine neue und für viele erschreckende Erfahrung.

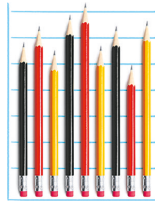
Die Aneinanderreihung von Pandemie, deren gesellschaftliche Langzeitfolgen noch nicht annähernd erfasst werden, Ausbruch des Ukrainekrieges mit neuerlichem Flüchtlingsstrom, Energiegesorgen, Inflationsschub, Schwächung von Schlüsselindustrien, geopolitischen Spannungen mit gravierenden ökonomischen Auswirkungen, Kriegsgefahren, die Europa unvorbereitet treffen, und der Abschwächung amerikanischer Schutzgarantien – all dies verunsichert die Menschen, insbesondere da den meisten mittlerweile bewusst ist, dass es keine rasche Rückkehr zu ruhigeren und auch besser kalkulierbaren Zeiten geben wird.

Die überwältigende Mehrheit, 76 Prozent der Bürger, empfindet daher die Zeiten als besonders unsicher. Dieser Anteil ist deutlich höher als vor 2020. Das Empfinden, die Zukunft nur noch begrenzt überblicken und kalkulieren zu können, betrifft die Entwicklung von Wirtschaft und Inflation über Kriegsrisiken bis zur Zukunft der sozialen Sicherungssysteme. Noch am ehesten traut sich die Bevölkerung zu, ihre berufliche und finanzielle Zukunft kalkulieren zu können. Der trotz Wachstumsschwäche robuste Arbeitsmarkt führt zu einer bemerkenswerten Diskrepanz zwischen der Einschätzung der eigenen und der gesamtwirtschaftlichen Zukunft: Während sich nur zehn Prozent der Bevölkerung eine Einschätzung der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung zutrauen, ist die Mehrheit der Erwerbstätigen sicher, die Entwicklung des eigenen Unternehmens, die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes und die Entwicklung des Einkommens verlässlich kalkulieren zu können.

Hier hat die Bevölkerung heute weit mehr das Zutrauen, ihre Zukunft verlässlich einschätzen zu können, als in der letzten Phase der Wachstumsschwäche zwischen 2000 und 2005. 2002 waren nur 35 Prozent der Erwerbstätigen sicher, wie sich künftig ihr Gehalt entwickeln wird, heute 54 Prozent. 39 Prozent trauten sich damals zu, die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes kalkulieren zu können, heute 62 Prozent. Auch wenn zurzeit Zweifel an der Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes zunehmen, bewegen sich diese Ängste im historischen Vergleich nach wie vor auf niedrigem Niveau.

Dagegen ist die überwältigende Mehrheit unsicher, wie es mit der Inflation und insbesondere der Entwicklung von Energie- und Lebensmittelpreisen weitergeht, wie sich die Energiepolitik und speziell die Vorgaben fürs Heizen entwickeln, wie leistungsfähig die sozialen Sicherungssysteme künftig sein werden und wie sich die Kosten dieser Systeme entwickeln. 88 Prozent halten die künftige Entwicklung der Energiepreise für kaum kalkulierbar, 84 Prozent die Zukunft der staatlichen Rente, 83 Prozent den künftigen Leistungskatalog der Krankenkassen, 81 Prozent die Entwicklung der Krankenkassenbeiträge. 73 Prozent sind auch unsicher in Bezug auf ihre Absicherung für den Pflegefall.

Besonders groß ist die Verunsicherung in Ostdeutschland; auf allen Feldern hat die ostdeutsche Bevölkerung noch signifikant weniger als die westdeutsche das Zutrauen, die künftige Entwicklung einigermaßen verlässlich abschätzen zu können. Das gilt für die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes und der eigenen Er-



Viele Bürger wünschen sich mehr Planungssicherheit von den Regierenden.

Von Prof. Dr. Renate Köcher, Institut für Demoskopie Allensbach

sparsame wie für die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme oder der ärztlichen Versorgung.

Die überwältigende Mehrheit hat den Eindruck, dass es in den letzten Jahren schwieriger geworden ist, langfristig zu planen. Dass Bürger wie Unternehmen sich seit Längerem scheuen, größere Investitionen zu tätigen, hat auch mit Planungsunsicherheit zu tun. Berechenbarkeit, Planbarkeit ist für die Bevölkerung wie für die Wirtschaft essenziell. Gerade in Bezug auf die Wirtschaft ist die Bevölkerung nahezu einmütig überzeugt, dass sie so weit wie möglich Planungssicherheit braucht; 95 Prozent halten dies für eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass Unternehmen überhaupt Entscheidungen treffen können.

Und damit richtet sich der Blick auf die Politik. Die überwältigende Mehrheit ist überzeugt, dass die Politik in hohem Maße dazu beitragen kann, dass Bürger und Wirtschaft möglichst viel Planungssicherheit haben. 81 Prozent sehen hier die Politik in der Verantwortung, lediglich 14 Prozent halten die Möglichkeiten der Politik, berechenbare Rahmenbedingungen zu schaffen, für

begrenzt. Je unsicherer die Zeiten sind, desto mehr setzen die Bürger auf die Politik, ihnen möglichst viel Planungssicherheit zu verschaffen. Vor zwei Jahrzehnten wurden die Möglichkeiten der Politik noch nicht so hoch veranschlagt wie heute.

Gleichzeitig erhebt die überwältigende Mehrheit jedoch den Vorwurf, dass die Politik dieser Verantwortung nicht oder nur unzureichend nachkommt. Während die Mehrheit überzeugt ist, dass die Politik auch in der gegenwärtigen, von vielen Risiken und Veränderungen geprägten Situation zur Planungssicherheit erheblich beitragen kann, werfen ihr 73 Prozent vor, dass sie dieser Verantwortung nicht gerecht wird. Lediglich 23 Prozent bescheinigen der Politik, dass sie die längerfristigen Planungen der Bürger erleichtert.

Nun liegt es nahe, die Unzufriedenheit der großen Mehrheit auch darauf zurückzuführen, dass die Zusammenballung von Risiken und die Notwendigkeit tiefgreifender Reformen es zwangsläufig schwerer machen, Berechenbarkeit und längerfristige Planbarkeit überhaupt möglich zu machen. Aber ein Problem ist, dass die Politik selbst immer mehr als Generator von Unkalkulierbarkeit emp-

fundet wird. Gerade in unsicheren Zeiten hängt das Vertrauen in die Politik in hohem Maße davon ab, ob ihre Entscheidungen fundiert und verlässlich sind. Die überwältigende Mehrheit hat jedoch den Eindruck, dass die politischen Beschlüsse teilweise nur eine kurze Halbwertszeit haben. 73 Prozent sind unsicher, wieweit sie ihre eigenen Planungen an staatlichen Vorgaben ausrichten können, da die Beschlüsse unter Umständen kurzfristig wieder revidiert werden. In Ostdeutschland wird dieser Vorwurf überdurchschnittlich, von 83 Prozent der Bevölkerung, erhoben.

Die Bevölkerung erwartet keineswegs Kontinuität als oberste Maxime politischen Handelns. Jeder Regierungswechsel ist in der Regel mit der Hoffnung auf einen Politikwechsel verbunden; bei der letzten Wahl wünschte die große Mehrheit vor allem einen strikteren Migrationskurs, Veränderungen beim Bürgergeld, wirtschaftsfreundlichere Rahmenbedingungen und Investitionen in die Funktionsfähigkeit des Landes. Wenn sich dann zu wenig ändert, leidet das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Politik.

Bei dem Vorwurf der Mehrheit, dass die politischen Beschlüsse zu wenig nachhaltig sind und längerfristige Planungen erschweren, geht es jedoch um Kurswechsel und die Revision von Entscheidungen ohne Ausrichtung an einem langfristigen Konzept. Die Geschichte des Demografiefaktors in der Rentenversicherung ist nur ein Beispiel für sachlich kaum begründbare Volten der Politik. Ende der Neunzigerjahre zur Stabilisierung des Rentensystems eingeführt, wurde er schon ein Jahr später durch eine neue Regierung wieder abgeschafft, dann von derselben Regierung mit dem neuen Etikett als „Nachhaltigkeitsfaktor“ wieder eingeführt, mittlerweile aber wieder ausgesetzt, obwohl die sachliche Notwendigkeit kaum bestritten wird.

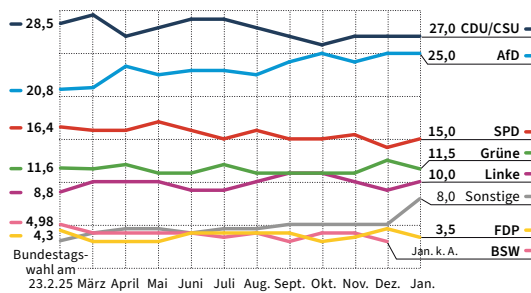
Ein anderes Beispiel ist die staatliche Förderung von Elektromobilität, die 2021 verlängert und von derselben Regierung 2023 abrupt beendet wurde und die in diesem Jahr wieder aufgenommen wird. Die Auswirkungen auf die Kaufbereitschaft der Bürger waren und sind gravierend. Nachdem die Kaufprämie überraschend ausgesetzt wurde, brach der Absatz von Elektroautos ein. Dazu kommen die Entscheidungen auf europäischer Ebene zur Zukunft des Verbrenners, bei denen nur knapp die Hälfte der Bevölkerung den Eindruck hat, überhaupt durchzublicken, wie die Rahmenbedingungen künftig aussehen. 51 Prozent finden die Entscheidung für eine bestimmte Antriebstechnologie schwierig, da sie unsicher sind, welche Antriebsarten künftig erlaubt sind.

Ähnlich groß ist die Verunsicherung in Bezug auf die künftigen Rahmenbedingungen für das Heizen. Nur elf Prozent der Bevölkerung glauben, dass sie überblicken können, wohin hier die politische Reise geht. Jeder Zweite ist durch die politischen Entscheidungen und Debatten der letzten Jahre verunsichert und ratlos, worauf man sich einrichten soll. Vor allem Immobilienbesitzer sehen sich derzeit außerstande, eine Entscheidung über eine neue Heizung zu treffen. 61 Prozent der Immobilienbesitzer – die machen die Hälfte der Bevölkerung ausmachen – geben zu Protokoll, dass ihnen völlig unklar sei, welche Heizmöglichkeiten künftig erlaubt sind und es in ihrer Kommune auch längerfristig geben wird.

Die Unsicherheit über den politischen Kurs und auch die Debatten über die kommunalen Wärmestrategien sind eine außerordentlich effektive Investitionsbremse. Das Empfinden, staatliches Handeln nur begrenzt kalkulieren zu können, und das Misstrauen, ob getroffene Entscheidungen längerfristig Bestand haben, fördern Gefühle von Ohnmacht und Ausgeliefertsein.

Die Stärke der Parteien

Wenn schon am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie wählen? (Zweitstimmenergebnisse in Prozent)



Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach, jüngste Umfrage: 6.–19.1.2026, 1077 Befragte / F.A.Z.-Grafik fbr.

Der Staat könnte mehr zur Planungssicherheit beitragen

